Pressespiegel

Ausgabe: 08.09.2020

Niederrhein DGB

Ruhr-Industrie verliert Beschäftigte

Standortsorgen: Wirtschaft schlägt Alarm und fordert mehr Flächen für die Produktion

An Rhein und Ruhr. Die Ruhrwirtschaft schlägt Alarm. „Wir sorgen uns um den Industriestandort Ruhrgebiet", sagt Jutta Kruft-Lohrengel, Präsidentin der IHK zu Essen, und spricht damit für alle fünf weiteren Industrie- und Handelskammern, die für die Region zuständig sind. Sie beobachten mit Argwohn, dass die Zahl der Industriebeschäftigten in der Region immer weiter sinkt, während sie NRW-weit seit 2010 kontinuierlich steigt. Wegen der Corona-Krise erwartet Kruft-Lohrengel einen weiteren „enormen Aderlass".

Die Krise beim Industriekonzern Thyssenkrupp, die Flaute in der Stahlbranche und bei den Automobilzulieferern, Exportsorgen bei Maschinenbauern und in der Chemie – die Industrie steht unter Druck. Das macht sich auch bei den Beschäftigtenzahlen bemerkbar, die schon lange vor Corona dramatisch eingebrochen sind. Gab es im Ruhrgebiet auf diesem Sektor im Jahr 1980 noch knapp 722.000 Arbeitsplätze, waren es 2019 nur noch gut 241.000. Im Revier hat es die Städte Gelsenkirchen (- 82,5 Prozent) und Oberhausen (- 77,1 Prozent) am härtesten getroffen. Mit einem Minus von 56,1 Prozent kam Mülheim am glimpflichsten davon.

Auch die Krise bei Thyssenkrupp trägt dazu bei, dass die Ruhr-Industrie einen massiven Rückgang der Arbeitsplätze verzeichnet. FOTO: DPA

Die Essener IHK-Präsidentin Kruft-Lohrengel betont, dass NRW nach der Finanzkrise 2008/2009 auf dem industriellen Sektor „die Kurve kriegt" und einen Zuwachs an Mitarbeitern verzeichnet. Das Ruhrgebiet aber nicht. Die Gesundheitswirtschaft ist gemessen an den Stellen längst an der Industrie vorbeigezogen. Dabei stehe fest: „Wir brauchen die Industrie!"

Wenige Tage vor der Kommunalwahl richten die Kammern deshalb einen Appell an die Politik, der Wirtschaft Industriegebiete für arbeitsplatzintensive mittelständische Produktionsbetriebe anzubieten. *meß*

NRZ Mantel 07.09.2020

Reinigungskräfte im Kreis Kleve fordern mehr Geld

Kreis Kleve. Die rund 1900 Reinigungskräfte im Kreis Kleve sollen mehr Geld bekommen. Das fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Durch Corona werde deutlich, wie sehr es auf die oft unsichtbare Arbeit von Gebäudereinigerinnen ankomme. „Ohne ihren Einsatz in Krankenhäusern, Pflegeheimen und Supermärkten würde die Gesellschaft kaum so glimpflich durch die Krise kommen. Letztlich rettet Sauberkeit Leben", sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG Bau. In der laufenden Lohn-Tarifrunde für das Gebäudereiniger-Handwerk fordert die IG Bau ein Plus von 1,20 Euro pro Stunde für die zwei Mindestlöhne der Branche.

NRZ Kleve 08.09.2020